

PRESSEMITTEILUNG 2005/06/07

Landtag Schleswig-Holstein gefährdet frauenpolitische Strukturen Kommunale Frauenbüros im Visier

Schwerin • Das erste gemeinsame Gesetzesvorhaben der SPD- und CDU-Fraktion im neu gewählten Landtag von Schleswig-Holstein wird - wie jetzt bekannt geworden - die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Bundesland stark beeinträchtigen. Geplant ist, die EinwohnerInnengrenze, ab der für die Kommunen die Pflicht zur Bestellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten besteht, von 10.000 auf 15.000 zu erhöhen. Nach Einschätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Frauenbüros (BAG) bedeutet die Gesetzesänderung eine Gefährdung von nahezu der Hälfte aller hauptamtlichen Gleichstellungsstellen in Schleswig-Holstein.

Die zur Zeit auf dem 17. Bundeskongress der BAG in Schwerin befindlichen 300 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten protestierten vehement gegen die Entscheidung der Landesregierung. „Das bedeutet eine nachhaltige Schwächung der frauenpolitischen Strukturen im Land“, so Bundessprecherin Maren Wichmann, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Plön, „Die kommunale Gleichstellungsbeauftragte ist gerade im ländlichen Bereich die kompetente Ansprechpartnerin für Rat suchende Bürgerinnen und Vernetzerin frauenpolitischer Aktivitäten.“ Nach den Aussagen des aktuellen Koalitionsvertrages sei eine solche drastische Änderung der Gemeindeordnung zwar zu befürchten gewesen, wurde aber erst zu einem späteren Zeitpunkt, im Zuge einer weiteren Reform erwartet. Ähnliche Entwicklungen wurden bereits in Niedersachsen beobachtet, aller Voraussicht nach wird auch Nordrhein-Westfalen dem politischen Trend folgen.

Die auf der Bundeskonferenz anwesende Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft, Hanne Salzmann-Tohsche, zeigte sich geschockt: „Das hätten wir wirklich nicht erwartet, dass ausgerechnet die Gleichstellungsbeauftragten als erste ins Visier geraten würden.“ Gaby Hoschek, Gleichstellungsbeauftragte aus Brunsbüttel, hob hervor, dass CDU-Landtagspräsident Martin Kayenburg noch im Wahlkampf zugesichert hatte, eine CDU-Landesregierung werde erst die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten evaluieren, bevor konkrete Maßnahmen zur Debatte ständen.